

Bürgermeisterkonferenz in Innsbruck

Bericht in der TT vom 20.12.1945, wegen Unleserlichkeit neu geschrieben von W.R. 2023

Am 18. Dezember fand in Innsbruck unter dem Vorsitz des Bezirkshauptmannes Hofrat Dr. Reicher eine Bürgermeisterversammlung für den pol. Bezirk Innsbruck-Land statt, an welcher der Gouverneur von Tirol, Dutheil, teilnahm. Nach Begrüßung des Gouverneurs, des Landesrates Muigg und der übrigen Anwesenden durch den Bezirkshauptmann wies derselbe in kurzen Worten auf die Bedeutung der Wahlen hin und dankte den Bürgermeistern für die klaglose Abwicklung der Wahlen. Hierauf ergriff der Landesgouverneur Dutheil das Wort und führte folgendes aus:

Die Einflussnahme der französischen Behörden auf die österreichische Verwaltung sei nicht als Kontrolle aufzufassen, sondern im Sinne der Hilfeleistung, des guten Rates sowie der Sicherung der Rechte Frankreichs und der Alliierten. Die Franzosen seien nicht als Sieger gekommen, sondern als Freunde. Alle unliebsamen Vorfälle, die hie und da nicht gänzlich zu vermeiden seien, wären der Militärbezirksverwaltung zu melden, deren Chef Hauptmann von Dürkheim das Nötige veranlassen werde. Eine Verminderung der Besatzung sei zum Teil schon erfolgt, eine weitere werde nachfolgen, sobald Gendarmerie und Polizei in der Lage sind, ihre volle Tätigkeit auszuüben. Die Kriegsgefangenen seien zuerst als Kriegsgefangene der deutschen Wehrmacht behandelt worden. Später sei eine Differenzierung eingetreten, insbesondere bezüglich der Entlassung der österreichischen Kriegsgefangenen, die zuerst von allen Alliierten durch die Franzosen erfolgt sei. Die Bürgermeister mögen mit den Heimkehrern sprechen und etwaige Beobachtungen an den Bezirksgouverneur Hauptmann von Dürkheim weitergeben, der gerne bereit sei, in Gemeinden vorzusprechen, in denen eine größere Anzahl von Heimkehrern eingetroffen sei.

Der an Jahren älteste Bürgermeister Johann Haselwanter von Aldrans dankte hierauf Herrn Gouverneur Dutheil für sein Erscheinen und dass dadurch den Bürgermeistern Gelegenheit geboten wurde, persönlich ihre Wünsche vorzubringen. Auch der Bürgermeister von Aldrans wies auf die große Bedeutung der durchgeführten Wahlen hin und erinnerte, dass das österreichische Volk dadurch gezeigt habe, dass es sich selbst verwalten könne. Mehrere

Bürgermeister anderer Gemeinden, und zwar Wessiak (Steinach a.Br.), Lindacher (Telfs), Niederkofler (Kematen) und Schwarz (Volders) brachten dann die Wünsche bezüglich Erleichterung der Einquartierung, Wegschaffung der Fremden aus Österreich vor und dankten der Militärregierung für das in vielen Fällen erwiesene Entgegenkommen.

Zu den vorgebrachten Wünschen nahm dann auch noch der Bezirksgouverneur Hauptmann von Dürkheim Stellung und bewies hierbei größtes Verständnis für österreichische Verwaltungs- und Wirtschaftsfragen. Er führte aus, dass die Verminderung der Brotrationen eine durch Streiks in Amerika hervorgerufene vorübergehende Maßnahme sei und regte Verbesserung der Tierzucht insbesondere der Tiroler Haflinger-Pferdezucht an. In der Wechselrede, die sich bezüglich Ernährungs- und Wirtschaftsfragen und der Ablieferungspflicht ergab, griff auch Landesrat Muigg ein und betonte die Wichtigkeit der Ablieferungspflicht und erläuterte, welche Maßnahmen die Tiroler Landesregierung diesbezüglich ergriffen hat.

Eine längere Diskussion entstand bei der Besprechung des von der provisorischen Staatsregierung erlassenen vorläufigen Gemeindegesetzes. Der Bezirkshauptmann wies darauf hin, dass die alten österreichischen Gemeindegesetze wieder hergestellt wurden, wodurch der Gemeinderat wieder das beschließende, die Gemeindevorstellung bzw. der Bürgermeister das verwaltende Organ geworden sind und endgültig vom Führerprinzip abgegangen wurde.

Landesrat Muigg erläuterte den Beschluss der Tiroler Landesregierung, dass die Gemeinden bis 1. Jänner 1946 zu konstituieren sind. Der Bezirkshauptmann gab sodann die Übersicht über die neuen in Kraft getretenen Gesetze der provisorischen Staatsregierung und besprach unter reger Beteiligung der Bürgermeister verschiedene andere Gegenstände, wie Fürsorgemaßnahmen, Geldumwechslung durch die Gemeinden (*1.12.1945 Wiedereinführung der Schilling-Währung, Anm. W.R.*), polizeiliche Maßnahmen und anderes mehr.